

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei G. H. Mitzel & Co.
Bretterstraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Leseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. J. Haube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Kudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 866.

Donnerstag, 9. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgeplattete Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 8. Dezember. Der König hat geruht: Dem Regierungs-
Sekretär Luthmer zu Rineburg den Charakter als Rechnungs-Rath, so-
wie dem Kaufmann Jonas Gräber zu Groß-Strehlig i. Schl. den Cha-
rakter als Kommissions-Rath, und der verwitweten Kaufmann Lange,
Pauline, geborenen Grothe, Inhaberin der Firma „Julius Lange“ zu
Berlin, das Prädikat einer königlichen Hoflieferantin zu verleihen.

Politische Uebersicht.

Posen, 9. Dezember

Se. Majestät der Kaiser, dessen Erkältungszustand
glücklicherweise vollständig wieder beseitigt ist, erfreut sich gegen-
wärtig, wie man erfährt, eines besonders trefflichen Wohlbefindens.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ konstatiert,
daß bei der Erledigung der Dulcigno-Angelegenheit,
sowie bei der Auflösung der gemeinsamen europäischen Flotte
von allen Mächten den Bestimmungen und zugleich dem Geist
des berliner Vertrages gehuldigt worden sei.

Zu Kap. 121. Tit. 29 des Etats des Ministeriums der
geistlichen u. Angelegenheiten ist von den Abgg. Platen und
Niedertöndelen wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung
zu ersuchen, den Betrag zu Ruhegehaltszuschüssen für emeritirte
Elementarlehrer und Lehrerinnen soweit zu verstärken, daß den
emeritirten Elementarlehrern ein Ruhegehalt von mindestens 600
Mark jährlich gewährt werden kann.“ Unterstützt ist der Antrag
durch die Mitglieder der liberalen Vereinigung.

Die Kommission für die Verwaltungsgesetze trat
gestern in die zweite Lesung des Zuständigkeitsgesetzes ein auf Grund
der Vorschläge, welche die Redaktionskommission gemacht und welche
sich nicht lediglich auf die Fassung der Beschlüsse erster Lesung beschrän-
ken, sondern auch auf den Fall sich ausdehnten, daß diese Beschlüsse
eine Abänderung erfordern. Bei Tit. I §. 1, „Angelegenheiten der
Stadtgemeinden“, kam in Frage, ob die Aufsicht, ebenso wie in erster
Lesung, dem Bezirksrathe resp. Provinzialrathe, oder vielmehr, wie die
Staatsregierung verlangt, dem Regierungspräsidenten resp. Oberpräsi-
denten zu übertragen sei. Die letztere Ansicht wurde vornehmlich dar-
auf gestützt, daß die Aufsicht nicht den Behörden, sondern den Einzel-
beamten zugewiesen werden müsse, sofern man eine Berufung gegen die-
sen Beschlüsse im Reichsverfahren zulassen wolle, und ferner darauf, daß
den Regierungspräsidenten bereits in Polizei-, Schul- und anderen
Sachen die Aufsicht zustehe, und eine Trennung der kommunalen Sachen
von diesen weder zulässig noch ausführbar sei. Ein Vorschlag, dem
Regierungs-Präsidenten „als Vorsitzenden des Bezirksraths“ die Auf-
sicht zuzuwenden, fand keinen Beifall. Von einer Seite wurde erklärt,
daß man für die Stadtgemeinden zwar den Regierungs-Präsidenten,
für die Landgemeinden aber den Kreisauschuß als die geeignete Auf-
sichtsbehörde anerkenne. Die Kommission beschloß, die in erster Lesung
getroffene Entscheidung abzuändern und zur Regierungsvorlage zurück-
zuführen. Die §§ 2, 3 und 4 wurden unverändert angenommen. Im
§ 5, welcher gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung die Klage im
Verwaltungsstreitverfahren konstituiert, wurden die Schlussworte des
Al. 1: „sowie demjenigen, der Einspruch erhoben hat“, gestrichen,
man bezweckte damit klarer zu stellen, daß nach wie vor die Klage
Allen, denen sie bisher zustand, auch ferner verbleiben, aber neben ihnen
jetzt auch dem Gemeindevorstande zustehe solle. Der § 6 blieb un-
verändert. In erster Lesung war ein Zusatzparagraph 5a beschloffen
worden, welcher die Befähigung der Gemeindeverwaltungen und die Anord-
nung wegen kommissarischer Verwaltung einer Stelle im Gemeinde-
vorstand dem Regierungs-Präsidenten zuweist. Zu dieser Vorschrift,
welche hinter § 6 eingeschaltet werden soll, wurden zwei An-
träge gestellt, deren einer die Befähigung der Befähigung an
den Beschluß des Bezirksrathes binden, der andere die Beschwerde
an den Minister des Innern regeln wollte. Beide Anträge wur-
den abgelehnt und der Beschluß erster Lesung aufrechterhalten.
Dem § 7, Beanstandung der Beschlüsse der Gemeindevertretung betref-
fend, war in erster Lesung ein Alinea 2 hinzugefügt, wonach eine Be-
standung aus anderen Gründen — als wegen Ueberschreitung der
Befugnisse resp. Gesetzesverletzung — ferner nicht stattfinden solle,
namentlich also nicht aus Gründen des öffentlichen Wohles. Die Re-
daktionskommission fand darin einen Widerspruch mit dem § 9, wel-
cher die Fälle einer zwischen dem Gemeindevorstand und der Gemeinde-
vertretung obwaltenden Meinungsverschiedenheit behandelt, und schlug
vor, entweder das Alinea 2 des § 7 wieder zu streichen, oder
in § 9 einen Satz einzufügen, welcher das Recht des Bür-
germeisters zur Beanstandung aus Gründen des öffentlichen Rech-
tes aufrechterhält. Die Staatsregierung erklärte, daß die in
erster Lesung von ihr abgegebene Zustimmung zu Al. 2 des § 7 miß-
verstanden worden sei; sie sei einverstanden damit, daß die Beanstan-
dung von Aufzichten wegen auf Grund des § 77 der Städte-
ordnung beschränkt werde, nicht aber die Beanstandung von Amt-
wegen durch den Bürgermeister auf Grund des § 57 der Städte-
ordnung; letztere Verpflichtung müsse nach wie vor bestehen bleiben.
Die Kommission beseitigte nunmehr das Al. 2 des § 7 und nahm
statt dessen einen Zusatz an, wonach die durch die Städteordnung der
Aufzichtsbehörde zugewiesene Beanstandung aus Gründen des öffent-
lichen Wohles ferner nicht stattfindet. Mit Rücksicht auf diese, den
jetzigen Erklärungen der Staatsregierung maßgebenden Bestimmung
wurde sodann der § 9 unverändert angenommen.

Offiziös wird geschrieben: Die Aussichten für den Verlauf der
Landtagsession gestalten sich doch günstiger, als man in den
ersten Wochen hoffen durfte. Die Budgetberathung geht ziemlich glatt
und ohne erhebliche Weiterung vor sich, während in den Kommissionen
fleißig und mit Erfolg gearbeitet wird, so daß die erste Lesung des
Zuständigkeitsgesetzes in der Kommission bereits beendet ist.

In einem offiziellen Zwischensatz der „Nordd. Allg. Ztg.“
findet sich über die Brochüre „Die Sezession“ u. a. fol-
gende Aeußerung:
... Dieselbe ist ein offener Abgabebrief an den Fürsten Bis-

mark, und wenn die Nationalliberalen dieser Stimme folgen sollten,
was freilich wohl leicht in Aussicht steht (hier scheint in dem offiziellen
Gedankengange das Wort „nicht“ zu fehlen. — Red.), so würde, so
lange Fürst Bismarck am Ruder ist, von den Nationallibe-
ralen als Mitarbeitern der Regierung in irgend
einem Sinne nicht mehr die Rede sein können. Die
Brochüre ist völlig tadelfrei und verkennt auch vollständig, was uns in dem
Ursprung der nationalliberalen Partei das Wichtigste scheint, nämlich
daß dieselbe in Abtrennung von der Fortschrittspartei entstanden ist,
um praktische Politik zu treiben. Wenn die Nationalliberalen der
Loedung der Brochüre folgen sollten, so würde die Möglichkeit, dieser
Aufgabe weiter nachzugehen, aufgehoben sein, damit aber zugleich die
Existenz der Partei als solche ihren Boden völlig
verlieren.“

Es fragt sich, so bemerkt hierzu sehr zutreffend die „Trib.“,
welche „Loedung“ für die Nationalliberalen mehr Anziehungskraft
besitzt: diejenige, die in ernster Gewissenhaftigkeit und tiefer
sachlicher Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß es für eine
liberale Partei unmöglich sei, nur um ihre Stellung an der
Seite der Regierung zu behaupten, sich zu einem willenlosen
Anhängsel der Konservativen zu machen, oder diejenige Loedung,
die der Einsicht einer politischen Partei nichts anderes zu bieten
hat, als die Einschüchterung, daß, wenn ihr Gewissen sie etwa
in Opposition gegen die jeweilige Regierungsmethode drängte,
von ihr als „Mitarbeiterin der Regierung nicht mehr die Rede
sein könne.“

Offiziös wird ferner geschrieben: Seit langer Zeit bemüht sich die
liberale Presse, dem Publikum vor den großen Mehrforderungen
des Militär-Etats Angst zu machen. Nun haben sich die An-
forderungen allerdings gesteigert, aber in nicht unvorhergesehener
Weise, sondern in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 6. Mai cr.,
welches die Präsenzstärke der Armee erhöht hat, während alle andern
Postitionen des Etats nahezu unverändert geblieben sind. In Gemäß-
heit und zur Ausführung des genannten Gesetzes, welches die
Präsenzstärke im Gebiet der preussischen Militär-Verwaltung um
19,206 Mann erhöht, werden, wie schon gestern er-
wähnt, gefordert an fortlaufenden Ausgaben mehr
14,572,449 Mark (Geld- und Natural-Verpflegung, Bekleidung,
Ausstattung), und an einmaligen Ausgaben mehr 15,738,139 Mark
(erstmalige Bekleidung, Ausstattung und Anschaffung von Pferden für
die neuen Batterien). Die Summe dieser durch das Gesetz vom 5.
Mai cr. unvermeidlich gewordenen Ausgaben erschöpft nahezu die
Summe der Mehrforderung des Militär-Etats.

Bei der Abneigung, welche der Reichskanzler in den letzten
Jahren den statistischen Arbeiten gegenüber an den Tag gelegt
hat, konnte es nur angenehm überraschen, als von offiziöser
Seite kürzlich die Wiederaufnahme der Forststatistik in
Aussicht gestellt wurde. Unseres Wissens waren schon anfangs
der 1870er Jahre neue Erhebungen angeordnet, die indes, wahr-
scheinlich wegen der mannigfaltigen Schwierigkeiten, welche sich
derartigen Arbeiten entgegenstellen, nicht zur Ausführung gelangt
sind. Bei den verschiedensten Aufstellungsweisen, wie sie die
einzelnen Staaten, Gemeinden und Stiftungen üben, bei der oft
kleinlichen Zurückhaltung, mit der insonderheit die Privaten den
desfallsigen Anfragen entgegenstehen, ist die Aufgabe, Alles
in eine Form, in einen Guß zu bringen, eine gewiß schwierige.
Sobald die Nachweise über die letzten Jahre erbracht sein werden,
wird es von Interesse sein, zu prüfen, ob die unausgesehten
Klagen der Waldbirthe über allzu geringen Reinertrag
denn thatsächlich begründet sind. Es wird eine verdienst-
volle Aufgabe sein, die eigenen Materialergebnisse mit den
Mehreinsparungen der ersten 70er Jahre zu vergleichen, um zu
sehen, ob dieselben denn wirklich so gewaltig waren, wie sie zur
Begründung des Holzzolls geschildert worden sind. Die bis
1873 reichenden Arbeiten des Dr. Leo (Forststatistik in
Deutschland und Oesterreich-Ungarn, Berlin 1874, Verlag von
Julius Springer) lassen es bei genauem Studium recht zweifel-
haft erscheinen, ob das Ueberwiegen der Einsparung über die Aus-
fuhr, welches Mehr im Jahre 1873 die größte Höhe (nach
Professor Dr. Lehr 58,3 Millionen Zentner) erreicht hätte, einen
so großen Theil der eigenen Siebsquanten bildete, daß davon
der Ruin der deutschen Waldungen abgegangen haben könnte.
Zudem läßt sich schon jetzt nachweisen, daß die dem Holzhandel
auferlegten Jollosper nicht eine Kräftigung der deutschen Wald-
wirtschaft herbeiführen können, welche jene Opfer später einmal
zu ersetzen vermöchte.

Die „Pol. Kor.“, welche von der österreichischen Regierung
als offiziöses Organ benutzt wird, bringt folgenden aus Berlin
datirten Artikel über die orientalischen Angelegen-
heiten mit dem Bemerken, daß ihr derselbe „von berufener
Seite“ zugehe: „Wie allerorts ist man auch hier herzlich froh,
daß der Dulcigno-Handel endlich beendet und, allem Anscheine
nach, gut beendet ist. Freilich kommt nun die griechische Frage,
aber zwischen ihr und der montenegrinischen waltet der bekannte
Unterschied ob, daß für die Art ihrer Lösung keine Vorschrift
in dem berliner Vertrage enthalten ist. Auch die berliner Kon-
ferenz von 1879 hat den streitenden Theilen nur einen Vorschlag
unterbreiten, aber keine Lösung vorschreiben können und wollen.
Mit dieser Konferenz hatte es bekanntlich die eigene Bewandniß,
daß sie von Frankreich zuerst und alsbald auch von England
befürwortet wurde, weil letzteres, damals noch türkenfreundlich,
sich nicht bei den Griechen in den Ruf der Feindschaft bringen
wollte — daß die Konferenz also eine Art Wetrennen um die

Gunst der Griechen hervorrief. Die Vorschläge Frankreichs
wegen Festsetzung der Grenzlinie wurden von England und
die englischen von Rußland überboten. Allein Niemand
von diesen Bewerbern hat daran gedacht, wie den Vor-
schlägen Nachdruck zu geben sei. Das Ministerium Gladstone
allerdings nahm sofort die griechische Frage in die Hand, aber
in der Mitte des Sommers überraschte die französische Presse
Europa durch die Lebhaftigkeit des Tones, mit der sie sich da-
gegen verwahrte, daß Frankreich für England die Kastanien aus
dem Feuer holen sollte. Die diplomatischen Vorgänge in der
ersten Zeit nach dem Antritt des Ministeriums Gladstone sind
noch wenig aufgeklärt. Es darf aber wohl daran erinnert wer-
den, daß der „Politischen Korrespondenz“ damals von Berlin
aus geschrieben wurde, man werde sich in St. Petersburg be-
denken, Arm in Arm mit Herrn Gladstone die orientalische
Frage wieder in Fluß zu bringen. Die panlawistische Partei
begrann sofort sich wieder zu rühren. Die maßgebenden Einflüsse
in St. Petersburg aber erkannten das Halsbrecherische eines
solchen Unternehmens. In St. Petersburg höflich abgewiesen,
wandte Herr Gladstone sich nach Paris, wo er denselben Be-
scheid wie in St. Petersburg erhielt, nicht ohne hier eine
Kriegspartei zu finden, die ihm gerne gefolgt wäre. Nunmehr
wandte das londoner Kabinet sich an das europäische Konzert,
das heißt an die Unterzeichner des Vertrages von Berlin. Das
Konzert erkannte, daß der griechischen Frage die montenegrini-
sche vorgehen müsse, weil die Lösung der letzteren durch den
berliner Vertrag vorgeschrieben war. Denn darin dürfte
namentlich der leitende Gesichtspunkt der deutschen Regierung zu
suchen sein, daß die Eintracht Europas dem Orient
gegenüber weder eine andere Basis hat, noch erhalten
kann, als den berliner Vertrag. So haben wir denn
diese Expedition nach Dulcigno gesehen, deren seltsamer Ver-
lauf durch den guten Ausgang gedeckt und gerechtfertigt wird. —
Die griechische Frage wird man nicht in diesem Sinne anfassen,
obwohl das londoner Kabinet es gewünscht zu haben scheint.
Es wird seine Richtigkeit haben, daß die Lösung der griechischen
Frage in dem Sinne angestrebt wird, daß man versucht, Griechen-
land zu einem Herabgehen unter die Ansprüche zu bewegen, welche
ihm die berliner Konferenz zuerkannt hat, und dagegen die Pforte
zum Eingehen auf die ermäßigten Ansprüche. Nun scheint es
ja freilich, als hätten der Hof und die Regierung in Athen bei
einem Abgehen der Mächte von den Vorschlägen der berliner
Konferenz nur die Wahl zwischen Krieg mit der Türkei oder
Revolution im Innern. So etwas hat sich kürzlich der
„Standard“ aus Athen schreiben lassen als Inhalt einer
Aeußerung, welche der König von Griechenland zu dem deutschen
Gesandten gethan haben soll. An die erwähnte Aeußerung soll
sich die noch seltsamere geschlossen haben, daß die Griechen in
der ihnen entzogenen Gunst der Großmächte den Einfluß des
Fürsten Bismarck sähen, und die Beweggründe des letzteren in
dem Bestreben, Oesterreichs „ehregeizige Pläne“ auf der Balkan-
halbinsel zu untertügen. Was nennt man in Athen Oesterreichs
ehregeizige Pläne? Wahrscheinlich die dem wiener Kabinet unter-
geschobene Absicht, an das ägäische Meer vorzudringen. Und
warum sieht man in dieser Absicht ein Hinderniß für Griechen-
land? Weil man in Athen den nach dortiger Ansicht vermuth-
lich nicht ehregeizigen Traum hegt, seinen Besitz das ägäische
Meer entlang bis Konstantinopel auszudehnen. So legt man
sich zurecht, weshalb Oesterreich und Deutschland die unmittel-
baren Forderungen Griechenlands nicht begünstigen, die zu einem
sofortigen Kriege mit der Türkei führen müßten. Wenn man
über und über in phantastischen Träumen lebt, ist man natürlich
nicht im Stande, in dem beschwichtigenden Einfluß Anderer den
einfachen Friedenswunsch zu erkennen, sondern man dichtet den
Anderen ebenso ausschweifende Pläne an, als man selbst verfolgt.“

Den Punkt, um den sich gegenwärtig alles Interesse dreht,
bilden die Unterredungen Kumunduros' mit
den beiden außerordentlichen Gesandten
Deutschlands und Frankreichs über die
griechisch-türkische Frage. Radowicz kam am 20.
November in Athen an und hatte am 22. im Ministerium des
Aeußern seine erste Entrevue mit dem Kabinetpräsidenten. Die-
selbe währte 1 1/2 Stunden. Radowicz, welcher seinen Aufenthalt
auf zwei Wochen zu beschränken gedenkt, um sich sodann auf
seinen Posten in Konstantinopel zu begeben, warnte Kumun-
duros vor jedem Schritt, welcher die Interessen Griechenlands
gefährden könnte. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, welche
Europa zu besiegen habe, um dem berliner Vertrag seinem Wort-
laute nach zu verwirklichen, und versicherte, daß Deutschland die
Ausführung dieses Vertrages zur rechten Zeit vor Augen habe
und daß die Einigkeit der Mächte die beste Garantie in dieser
Richtung bilde. Kumunduros soll geantwortet haben, daß
Griechenland dieser Einigkeit die Feststellung der griechischen An-
sprüche zu danken habe und daß es von derselben sein Heil er-
warte, daß es die eigenste Sorge seiner Regierung und der
griechischen Politik sein werde, die berliner Beschlüsse und nur

diese, als das zu erreichende Ziel zu betrachten, daß aber gerade die richtig aufgefaßten Interessen Griechenlands ein thätigstes Eingreifen in die Bemühungen der Diplomatie erheischen. Dazu sei die eben jetzt in ganz Griechenland im Zuge befindliche Mobilisierung und Ausrüstung der Armee das beste Mittel. Griechenland habe in den letzten Jahren die Mächte walten lassen, dieselben haben zu seinen Gunsten ein Verdikt aufgestellt, und es bleibe nur noch die Ausführung desselben unerledigt. Er betrachte es als einen Ehrenpunkt für die hellenische Nation, dieses hohe Mandat ausführen zu helfen. Außerdem sei Griechenland in der Verfolgung derselben Idee schon zu weit vorgeschritten, habe es seine materiellen Mittel schon zu sehr eingesetzt und sei auch der kriegerische Geist im Volke zu sehr erwacht, um noch an eine Umkehr denken zu können. Letztere sei eine Unmöglichkeit. — Am gleichen Tage erschien auch die Kommission der Kammer vor dem Könige, um ihm die Antwortsadresse auf die Thronrede zu überbringen. Wie wenn die Worte des Königs mit direkter Beziehung auf die von Radowicz ertheilte Rathschläge gesprochen worden wären, lauteten dieselben ebenso entschieden als die Thronrede selbst. Wenn es nun einerseits den gegründeten Anschein hat, daß Rumunduros von seiner Unterredung mit v. Radowicz nicht befriedigt war, so verlautet doch andererseits mit Bestimmtheit, daß der Vertreter Deutschlands die Rüstungen Griechenlands und deren Vorbereitungen zum Kriege nicht direkt berührt und bemängelt habe. Nicht weniger begierig war man hier, zu erfahren, was Graf Mouy dem griechischen Kabinete mittheilen würde. Ist es doch auch augenscheinlich, daß man in dem fast gleichzeitigen Erscheinen der beiden Vertreter mehr als einen bloßen Zufall zu erblicken habe. Derselbe traf am 25. November aus Paris ein. Er nahm sich nur die Zeit, um im Laufe des Nachmittags mit Herrn v. Radowicz längere Zeit, auch während des gemeinsam eingenommenen Mahles, zu konferiren und begab sich noch am selben Abende zu Rumunduros. Letzterer hatte noch nicht Gelegenheit gehabt, seinen Ministerkollegen den Inhalt der Unterredung mit Radowicz mitzutheilen, und hatte dieselben für 9 Uhr Abends zu sich berufen, um einen Ministerrath zu halten. Graf Mouy hat auch Griechenland in offiziöser Weise von jeder unwiderlegten Unternehmung abgerathen und fast die gleiche Antwort erhalten, wie sein deutscher Kollege. Er soll sich jedoch geradezu dahin geäußert haben, daß die militärische Organisation des Landes als ein nur zu lange vernachlässigter Akt der Vorsicht zu loben sei. Der Ministerkonseil währte hierauf bis in die Morgenstunden. Seit diesen Unterredungen, denen nach dem erwarteten Eintreffen neuer Instruktionen aus Berlin und Paris weitere folgen werden, legen die Ministerien des Krieges und der Marine einen nur noch erhöhten Eifer an den Tag, die Rüstungen Griechenlands zu vervollständigen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 8. Dezember. [Neue Schrift Gneist's.] Herr Gneist veröffentlicht soeben — ein neues Zeugniß der erstaunlichen Arbeitsfähigkeit dieses Mannes, der gleichzeitig akademischer Lehrer, Mitglied des Reichstags und Abgeordneter im hiesigen Reichstags, Rath am Oberverwaltungsgericht und höchst fruchtbarer staatsrechtlicher Schriftsteller ist — ein Buch, das die unterschiedene Beurtheilung des Bismarck'schen Reform-Plans seitens dieses, gewiß nicht radikal oder manchesterlichen Politikers, und zwar vom Standpunkte der altpreussischen Gerechtigkeit in der Besteuerung aus, ist. Gegen die einzelnen Vorschläge des Verfassers, der seinerseits ein ganzes System einer Steuerreform entwickelt, wird sich Manches einwenden lassen; zunächst interessirt der Gegensatz gegen die Pläne der Regierung. Der Titel des starken Bandes lautet: „Die preussische Finanzreform durch Regulirung der Gemeindesteuern.“ Herr Gneist nimmt seinen Ausgangspunkt von der Nothwendigkeit einer Reform der Kommunalbesteuerung. Wie schon in früheren Schriften will er, daß als Prinzipalsteuer in der Kommune eine Liegenschaftsteuer nach dem Ertrage eingeführt werde, die, wo der Grundbesitz nicht vom Eigenthümer genutzt wird, halb von diesem und halb vom Pächter, resp. Miether bezahlt werden soll; aus ihr sollen alle Kommunalbedürfnisse gedeckt werden, abgesehen von denen für die Volksschulen, wofür ein Zuschlag zu den staatlichen Personalsteuern bis zu 40 Proz. zulässig sein soll, und abgesehen von den Gebühren für die Benutzung kommunaler Anstalten, auch der Mittel- und höheren Schulen, sowie abgesehen von einigen anderen Neben-Einnahmen. Um diese kommunale Liegenschaftsteuer, resp. die dadurch vielfach eintretende Erhöhung der Realbesteuerung in der Kommune durchführbar zu machen, will Herr Gneist die staatliche Grund- und Gebäudesteuer als „Konvertirungsprämie“ benutzen, d. h. er will von dieser Steuer ein Viertel als Prämie denjenigen Gemeinden, welche die neue Liegenschaftsteuer annehmen, und denjenigen Gutsbezirken, welche sich zu diesem Zwecke einer Gemeinde anschließen, überweisen, ferner ebenfalls aus der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer für die Mehrbelastung entschädigen, welche der einzelne Grundbesitzer in der Kommune durch die vorgeschlagene Reform erleiden würde. Wie man auch über diese Vorschläge denken mag: klar ist der Unterschied von der, seitens der Regierung beabsichtigten Ueberweisung der halben Realsteuern an die Gemeinden ohne Bedingung; diese verwirft auch Gneist, weil nicht zu beurtheilen sei, ob und wie weit der Antheil denen zufallen würde, welche andererseits höher belastet werden. Die Entschädigung des Staates für den Verzicht auf die Realsteuern sucht Gneist — man höre! — in der Verstärkung der direkten Besteuerung und in den Reichsverbrauchsabgaben, deren Hälfte verfassungsmäßig den Einzelstaaten zugewiesen, die aber nicht auf Gegenstände des nothwendigsten Verbrauchs gelegt werden sollen. Vom Standpunkte der altpreussischen Tradition aus vertritt Gneist die Gerechtigkeit der direkten Besteuerung auf das Entschiedenste; er will

nicht nur von keiner Verminderung derselben hören, sondern er befürwortet sogar die Wiederherstellung der Klassensteuer für die Einkommen unter 420 M.! Ein stärkerer Gegensatz gegen das Steuerreform-Programm der Regierung ist kaum denkbar. In äußerst maßvoller Form, ohne jede Polemik, mehr durch Andeutungen als durch Worte, aber trotzdem sehr verständlich wird die Ansicht des Verfassers konstatirt, daß die „Steuerreform“ sich von der altpreussischen Ueberlieferung der Gerechtigkeit in Steuersachen entfernt habe; zugleich wird erklärt, daß eine umfassende, wirkliche Reform nur möglich sein würde, wenn zuvor die durch beständig neue wirtschaftspolitische Projekte erzeugte Unruhe zu Ende käme! Das sagt Herr Gneist!

Der gothaische genealogische Hof-Kalender nebst diplomatisch-statistischem Handbuch für 1881, hundertundachtzigster Jahrgang, Gotha, Justus Perthes, ist soeben erschienen. In allem Wechsel der Zeiten hat der gothaische genealogische Kalender seine Lebenskraft bewahrt und am Schluß eines jeden Jahres sieht man in den weitesten Kreisen seinem Erscheinen mit erwartungsvollem Verlangen entgegen. In der That ist sein stets sorgfältig geleiteter, auf amtlichen Quellen beruhender Inhalt für die Kenntniß der öffentlichen Zustände aller Staaten von der höchsten Bedeutung. Die statistischen Angaben — erwähnt sei, daß für Japan zum ersten Male eine vollständige Liste der größeren Städte gegeben werden kann — zeichnen sich durch Vollständigkeit und Genauigkeit aus. Die Nachrichten über die Streitkräfte der verschiedenen Staaten sind zum weitesten Theile bis auf die neueste Zeit geführt worden, wobei besonders auf die militärische Lage der neuen Staaten auf der Balkanhalbinsel hinzuweisen ist. Hinsichtlich der Finanz- und Handelspolitik ist es der Redaktion gelungen, für die meisten Staaten neue, auf offiziellen Angaben beruhende Mittheilungen zu bringen. Einen besonders dankenswerthen Schmuck des Kalenders bilden die beigegebenen trefflichen Porträts — der diesmalige Jahrgang enthält die Bildnisse zweier fürstlichen Bräute, der Prinzessin Auguste Viktoria zu Schleswig-Holstein, der Prinzessin Stephanie von Belgien, des Fürsten Karl Egon zu Fürstberg und Herrn Gladstones.

Locales und Provinzielles.

Bojanowo, 6. Dezember. [Selbstmord. Jugendl. Bittsteller. Theater-Gesellschaft. Volkszählung.] Am 2. d. M. erschoss sich hier selbst ein Offizierburche. Verschiedene Geldangelegenheiten sollen den Krawaller zu dieser That veranlaßt haben. — In diesen Tagen wurde hier bekannt, daß ein neunjähriger Knabe der hiesigen Bürgerschule in voriger Woche ein Bittgesuch an Se. Majestät den Kaiser gerichtet habe, um Aufnahme in eine Militär-Knaben-Anstalt zu erlangen. Gefragt, wie er auf diesen Gedanken gekommen sei, gab der Knabe an, in der „Posener Landwehr-Zeitung“, die sein Vater — ein Juvvalde von 1866 — mittheilte, schon einige Male von dergleichen Gesuchen gelesen zu haben. Der hiesige Magistrat ist bereits zur Berichterstattung über das im Gesuch ausgesagte aufgefordert worden. — Dienstag gab die hiesige Theatertruppe die letzte Vorstellung hier. Die Vorstellungen dieser Gesellschaft waren durchschnittlich gut besucht, namentlich waren dies die ersten und die letzten. Die Gesellschaft begiebt sich in die schlesische Nachbarstadt Gubrau. — Welche Abneigung unwissende Personen gegen die allgemeine Volkszählung haben, davon folgendes Beispiel: Als ein Zähler in die Wohnung eines hiesigen, allerdings sehr heruntergekommenen Arbeiters trat behufs Aufnahme der nöthigen Personalien, wurde er von diesem unter nicht unabweislichen Worten und Geberden aufgefordert, seine Wohnung sofort zu verlassen; er, der Arbeiter, zahle genug Steuern und wolle von dergleichen Sachen nichts wissen. Der Zähler fügte sich und verschaffte sich die nöthigen Angaben aus dem Volksbuche.

Garnikau, 6. Dezember. [Wohltätigkeitskonzert. Landwirthschaftliche Vereinsitzung. Waffersand.] Gestern fand hier im Lichtermann'schen Saale ein Konzert statt, ausgeführt von Schülern der evangelischen Elementarschule unter Leitung ihrer Lehrer. Die zum Vortrage gelangten Gesangsstücke und Gedichte erfreuten sich des lebhaftesten Beifalles von Seiten des Publikums, das sich recht zahlreich eingefunden hatte. Mehrere eingelegte Gesangsstücke wurden von den Präparanden unter Leitung des Gesangslehrers Schwantes recht schön vorgetragen. Die Einnahme betrug 83,26 Mark, welcher Betrag nach Abzug der Unkosten in der Höhe von ca. 8 Mark der Kasse des hiesigen Frauen-Vereins zu Gute kommt und bestimmt ist, arme Kinder zu Weihnächten durch Geschenke zu erfreuen. — Die nächste Vereinsitzung des landwirthschaftlichen Vereins Garnikauer Kreises findet am Freitag, den 10. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in Schönlanke, Brauerei Thomas, statt. Die Tagesordnung enthält: 1. Geschäftliches, Fortsetzung der Sitzungstage pro 1881, Bestimmung des Ortes, an dem die Kreis-Thierschau im Jahre 1881 stattfinden soll. 2. Vortrag, die Regulirung der Nege betreffend, Referent Herr Wentz-Schönlanke. 3. Vorlesung eines technischen Gutachtens des Herrn Bau-Inspektor Graeve-Garnikau, betreffend den Einfluß der Regulirungsarbeiten am Negefluß auf die Ertragsfähigkeit der Niederungsländereien. 4. Die Bewirthschaftung kleinerer Privat-Forsten, Referent Herr Priem-Glabütze. Zu dieser Sitzung werden sämtliche Negebesitzer des Kreises vom Vorstande eingeladen. — Der Wasserstand der Nege ist ein zu dieser Jahreszeit ungewöhnlich hoher. Die Wiesen stehen bereit weit unter Wasser, wie man es fast nur im Frühjahr zu sehen gewohnt war.

S. Aus dem Kreise Kröben, 7. Dezember. [Standesamtliches. Milzbrand. Selbstmord. Revision. Stiftungsfest. Jubiläum.] An Stelle des früheren Beigeordneten Scholz zu Sarne ist der gegenwärtige Beigeordnete Neumann daselbst zum stellvertretenden Standesbeamten wiedereintritt ernannt worden. — Der Milzbrand unter dem Rindvieh des Gutes Dubinko (bei Jutroschin) ist erloschen. — Gegenwärtig werden durch den Regierungs-Schulrath Lute aus Posen mehrere Schulen des Kreises revidirt. — In Folge mehrerer kleiner Veruntreuungen des ihm zum Abzahlen anvertrauten Geldes erschoss sich ganz kürzlich der Burche eines Offiziers in Bojanowo. — Die Bürger-Resourse im benachbarten Gubrau feierte vor einigen Tagen ihr 40. Stiftungsfest und das Juvvalde Gottfried Diesler'sche Ehepaar zu Groß-Roschütz sein 50jähr. Ehejubiläum, wobei ihm eine Ehrengade von 100 Mark überreicht wurde. — Anlässlich seines 50jährigen Amtsjubiläums wurde dem Lehrer Dobrosinski in Golejewko von den Kollegen des Kreises eine werthvolle Ehrengabe überreicht.

Schneidemühl, 7. Dezember. [Hauskollekte. Weihnachtsbescherung. Unglücksfall auf der Eisenbahn. Telegraphenstation. Eisenbahnbau.] Der Vorstand des Ortsvereins Schneidemühl der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung macht bekannt, daß die zum Besten des Vereins abgehaltene Hauskollekte die Summe von 197,83 M. ergeben hat. — Der hiesige Frauenverein wird auch in diesem Jahre einer größeren Anzahl armer Kinder eine Weihnachtsfreude dadurch bereiten, daß dieselben neu eingekleidet werden sollen. Die Bescherung findet wiederum in der städtischen Mädchenschule statt. — Auf dem Bahnhofe Konitz gerieth am 4. d. Vormittag der Assistent Pein unter einen in Bewegung befindlichen Zug, wodurch ihm ein Bein total zerquetscht wurde. Der Unglückliche wollte auf einen Wagon steigen, glitt aber auf dem Treibrett aus und kam so zu seinem Unglück. — Auf dem hiesigen Betriebsamt der Ostbahn ist jetzt eine Telegraphenstation eingerichtet, welche nur für den amtlichen Verkehr desselben bestimmt ist. Bisher

murden die Telegramme von dem Betriebsamt nach der Eisenbahn-telegraphenstation und umgekehrt durch einen Boten befördert. — Die Erdarbeiten zu der Schneidemühl-Deutsch-Croner Eisenbahn sind bedeutend gefördert. Um schneller mit dem Planum fertig zu werden wird an denselben an verschiedenen Stellen gearbeitet. Auf der Strecke von hier bis Groß-Wittenberg ist der Damm beinahe fertig. Die ähnliche Strecke ist auch von Deutsch-Crone aus fertig. Das Betriebsamt der Schneidemühl-Neustettiner Eisenbahn wird von hiesigen Bahnhöfen aus bis zu der ersten Ueberführung auch für die Bahnhöfe Schneidemühl-Deutsch-Crone benutzt. Von der Ueberführung an zweigt sich die neue Bahnstrecke links ab.

Aus dem Gerichtssaal.

C. Posen, 6. Dezember. [Schwurgericht: Versuchte Giftmord in zwei Fällen.] Dieses gemeinen, wenn nicht vielmehr Verbrechen angeklagt stand heute der Wirth Carl W. ter aus Sazona vor den Geschworenen. Im vorigen Jahre erkrankte derselbe im Wege der nothwendigen Subhastation eine Wirthschaft in Sazona für etwa 1400 Thlr. Das gefaufte Grundstück enthält etwa 80 Morgen leichten Bodens; es ist ziemlich bedeutend belastet, namentlich mit einem Ausgedinge für die Wittve Schäfer, das so bedeutend ist, daß es fast die ganzen Einkünfte des Grundstücks vorwegnimmt. Am 1. April d. J. bezog der Angeklagte, der bis dahin jahrelang auf einem Gute als Vogt in Diensten gestanden hatte, mit seiner Familie die neue Wirthschaft. Er lebte mit der Wittve Schäfer, die in seinem Hause ein Zimmer inne hatte, in einem guten Verhältnisse. Im Monat August d. J. kaufte sich die Wittve Schäfer eines Abends ein Pfund Salz. Sie that dasselbe auf einen Teller, den sie mitten auf den Tisch stellte und dort auch stehen ließ; sie brauchte auch von dem mitgebrachten Salz und fand nichts Auffallendes bei dem Genuß der damit gewürzten Speise. Als sie sich jedoch am nächsten Morgen ein Suppchen kochte, fand sie dasselbe so bitter, daß sie das Genossene ausspülte und die Suppe einem Hunde vorsetzte. Derselbe fraß die Suppe und — krepirte in kurzer Zeit. Dadurch aufmerksam gemacht, trug sie das Salz zu einem Bekannten im Nachbarort darauf kaufte sie sich wieder ein Pfund Salz, kochte sich ein Suppchen, in das sie von dem frischen Salz etwas hineinthat, und spürte nach dem Genuß desselben auch keine übele Wirkung. Am nächsten Tage war sie zufällig nicht zu Hause; am darauf folgenden Tage fand sie aber wiederum, als sie mit dem Salz eine Speise würzte, denselben bitteren Geschmack, so daß sie die Speise vor der Thüre auf die Straße schüttete. Ein Hund kam zufällig dazu, fraß das soeben Fortgeworfene und — krepirte. Wieder etwas später kam eines Tages der Angeklagte in das Zimmer der Ausgedingerin Schäfer und fragte nach ihrem Befinden. „Ach, antwortete diese, es geht mir soweit ganz gut, nur mit dem Salz habe ich Unglück.“ Darauf erzählte sie dann das Vorgefallene. Der Angeklagte nahm etwas von dem Salz und führte es an den Mund. Er bemerkte auch dabei, wie wohl ein Streichholz oder etwas Petroleum in das Salz gekommen sein würde. Einige Minuten, nachdem er fortgegangen war, brachte die Tochter des Angeklagten eine Overtasse mit Salz zur Wittve Schäfer. Doch auch dies schmeckte ungenießbar bitter. Da nun entschloß sich diese, nichts mehr im Hause des Angeklagten zu genießen. Die zweite und dritte Portion Salz brachte sie zu demselben Bekannten, dem sie auch die erste in Verwahrung gegeben hatte. Von der zweiten Portion Salz hatte die Wittve Schäfer auch beim Brodbaden etwas in den Teig gethan. Das Brod war ebenfalls ungenießbar. Er benachrichtigte, sobald sie dies bemerkte, ihre Tochter, der sie von dem bitteren Brode etwas ablassen hatte, mit der Warnung, von dem Brode nichts zu genießen. Das Salz wurde demnach, nachdem von den erzählten Vorfällen die Staatsanwaltschaft in Kenntniß gesetzt worden war, chemisch untersucht. Man fand in demselben etwa drei Viertel Gramm Strychnin. Die krepirten Hunde wurden ebenfalls untersucht; auch hier ergab sich als Todesursache die Verabreichung von Strychnin. Ueber den objektiven Thatbestand kommt somit ein Zweifel nicht bestehen. Der Verdacht, diese scheußliche That verübt zu haben, fiel sofort auf den Angeklagten. Er war der einzige, der einen Grund hatte, die 60 Jahre alte Frau bei Seite zu schaffen, da mit dem Tode der Wittve Schäfer seine Pflicht, das Ausgedinge zu entrichten, fortgefallen wäre. Er wurde deswegen vernommen, leugnete jedoch hierbei nicht nur, daß er der Thäter sei, sondern behauptete auch, Strychnin gar nicht zu kennen. Es wurde ihm jedoch nachgewiesen, daß er in seiner früheren Stellung für den Inspektor 6 Gr. Strychnin zum Vergiften der Fische gekauft und hierbei über den Empfang des Giftes einen Schein ausgefüllt habe. Auch dieser stellte er anfänglich in Abrede, mußte jedoch in der heutigen Verhandlung seine Unterschrift unter dem erwähnten Giftschein anerkennen. Er suchte auch zu erklären, weswegen er früher seine Bekanntschaft mit Strychnin abgeleugnet habe; er wisse ja auch heute noch nicht, was Strychnin eigentlich sei. Er habe zwar gesehen, daß die Fische damit vergiftet wurden, was es aber sei, darauf könne er auch heute noch keine Antwort nicht geben. Es stellte sich im Laufe der Untersuchung ferner heraus, daß der Angeklagte als ein Viehhirt, dessen ganze Weisheit aus zwei Büchern geschöpft war, fungirt hat. Man fand bei einer Hausdurchsuchung bei demselben alle mögliche Mittelchen, darunter auch gefährliche Gifte. Strychnin fand man aber nicht mehr vor. Es wurde schließlich festgestellt, daß der Schlüssel von der Stube der Schäfer auch zu der des Angeklagten gepaßt hat. Das Umgekehrte konnte nicht bewiesen, da der Schlüssel zur Stube des Angeklagten sich nicht vorgefunden hat. Wie und wann er verloren gegangen ist, konnte nicht festgestellt werden. Die Wittve Schäfer gab an, daß die Tochter des Angeklagten schon zu Dieren dieses Jahres den Schlüssel von ihr geborgt habe, weil der andere angelich verloren war. Die Aussagen der anderen Zeugen wichen hiervon ab. Der Staatsanwalt Heilmann beantragte, den Angeklagten des versuchten Giftmordes in 2 Fällen für schuldig zu erklären. Ihm sei ein Motiv zur That nachgewiesen. Er habe Strychnin gefannt. Daß er seine Bekanntschaft damit abgeleugnet und auch bestritten habe, den erwähnten Giftschein unterschrieben zu haben, verrathe sein böses Gewissen. Der Angeklagte habe Strychnin aber nicht nur gefannt, sondern habe von demselben sogar etwas in seinem Besitze gehabt. Denn beim dritten Giftmordversuche sei das vergiftete Salz aus der Wohnung des Angeklagten von seiner Tochter zu der Wittve Schäfer hinübergetragen worden. Er habe mit Hilfe des Schlüssels des von ihm benutzten Zimmers Zutritt zu dem der Ausgedingerin gehabt. Der Vertheidiger Rechtsanwaltschaft Salomon führte dagegen aus: Der Angeklagte würde zwar einen bedeutenden Nutzen von dem Tode der Wittve Schäfer gehabt haben, deswegen sei aber durchaus noch nicht erwiesen, daß er einen hinlänglich verständlichen Beweggrund zu einer so scheußlichen That gehabt, denn er habe in leidlich guten Vermögensverhältnissen gelebt. Das Grundstück habe ihm, wenn die Ernte auch schlecht ausgefallen sei, einen zu seinem Lebensunterhalte hinreichenden Ertrag abgemworfen. Daß er die Bekanntschaft mit Strychnin abgeleugnet, ist deshalb nicht zu verwundern, weil jeder, der unschuldig eines scheinlichen Verbrechens geziehen worden, versuchen würde, den Verdacht, wenn auch auf Kosten der Wahrheit, möglichst von sich abzuwenden. Unglaublich erseheine es auch, daß der Angeklagte eine solche Menge Strychnin, wie sie zu den Mordversuchen verwendet worden, besessen haben sollte. Er habe vor einigen Jahren 6 Gramm im Auftrag eines andern gekauft. Nehme man nun an, daß er von dem gekauften Strychnin etwas für sich zurückbehalten habe, so könnte man doch nicht glauben, daß er einige Gramm unterzöge. Und einige etwa 2 Gramm, seien wohl zu den Giftmordversuchen verwendet worden. Schließlich werde der Angeklagte noch dadurch entlastet, daß nicht er, sondern seine Tochter bei den 3 Mordversuchen das vergiftete Salz zu der Wittve Schäfer gebracht habe. Die letzte Bemerkung wollte der Staatsanwalt nicht gelten lassen. Denn nur dem Angeklagten habe

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Dezember. Wind: NW. Wetter: Trübe, feucht. Weizen per 1000 Kilo loco 183-235 M. nach Qualität gefordert...

Sach 0: 29,75 bis 28,75 M., 0/1: 28,50-27,50 M., per Dez. 28,35-28,40 bez., Dez.-Jan. 28,40-28,45 bez., pr. Jan.-Febr. 28,40-28,45 M. bez., Februar-März - Markt bez., März-April - bz., April-Mai 28,35 bis 28,40 bez., Mai-Juni 28,00 Markt bez., Gef. 1000 Ztr. Regulierungspreis 28,40 M. - Deliaat per 1000 Kilo Winterkaps neuer - M. Winterkaps neuer - M. - Rüßöl per 100 Kilo loco ohne Fas 55,0 M., flüssig - mit Fas 55,3 M., per Dezember 55,3 M., per Dezember-Januar 55,3 M., per Januar-Februar - bez., per Februar-März - bez., per März-April - bz., April-Mai 56,7 bz., Mai-Juni 57,1-57,0 M. bz., Gef. - Ztr. Regulierungspreis - M. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 Markt - Petroleum per 100 Kilo loco 29,0 Markt, per Dezember 28,8-28,7 M. bez., per Dezember-Januar 28,8-28,7 bez., per Jan.-Febr. 28,8 bez., Febr.-März 28,8 bez., März-April - Markt bz., April-Mai 27,0 bez., Gefündigt 500 Ztr. Regulierungspr. 28,8 M. Spiritus per 100 Liter loco ohne Fas 55,7-55,5 bez., per Dezember 55,4-55,0-55,1 bez., per Dezember-Januar 55,2-55,0 Markt bez., per Januar-Februar 55,2-55,0 bez., per Februar-März - per März-April - Markt bez., per April-Mai 56,1-55,9-56,0 M. bez., per Mai-Juni 56,3-56,1-56,3 bez., Juni-Juli 57,0 bz., Gefündigt - Liter. Regulierungspreis - M. (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 8. Dezember 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: flau, hellbunt 200-210, hochbunt und glatt 2,0-220, abfall nach Qualit. 170-190 Markt - Roggen: matt, fein loco inländischer 2,0-204 Markt, polnischer 175-190 Markt. - Gerste feine Brauw. 160-170 Markt, grobe 150-160 Markt, kleine 135-145 Markt. - Hafer: loco 140-150 Markt. - Erbsen: Kochwaare 180-190 M. Futterwaare 170-180 Markt - Mais, Rübsen, Kaps, ohne Handel. - Spiritus: pro 100 Liter à 100 pEt. 53,00-53,50 Markt. - Rubelcours 207

Stettin, 8. Dez. (An der Börse.) Wetter: Trübe. + 5 Gr. Barometer 28,7. Wind: W. Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco gelber 200-209 M. geringer 180-197 M., weißer 203-212 M., per Dez. - M. bez., Frühjahr 210,5-211,5 M. bez. - Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer 198-203 M., Libauer - M., russischer - M., per Dezember 203 M. bez., per Frühjahr 195-196 M. bez., per Mai-Juni 193,0 M. Br. und Gd., Juni-Juli 187 M. Br. u. Gd. - Gerste still, per 1000 Kilo loco geringe 140-150 M., Märker und Oberbr. 154-158 M., Futter - M. - Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco 140-151 M. - Erbsen matt, per 1000 Kilo loco Futter 158-168 M., Koch- 170-181 M. - Mais unverändert, per 1000 Kilo loco 140-145 M. - Winterkapsen stille, per 1000 Kilo loco per April-Mai 255 M. nom., per Sept.-Okt. 260 M. bez. - Rüßöl, geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Fas bei Kleinigkeiten 55 M. Br., per Dezbr. 53,75 M. Br., per April-Mai 56,25 M. Br. - Spiritus rubig, per 10,000 Liter pEt. loco ohne Fas 54,0 M. bez., mit Fas - M. bez., per Dezember 54,0-53,8 M. bez., Br. und Gd., per Jan.-Febr. per Frühjahr 55,2 M. bez., Br. und Gd., per Mai-Juni 55,7 M. bez., Br. u. Gd. Angemeldet: Nichts. - Regulierungspreise: Weizen - M., Roggen 203 M., Rüßöl 53,75 M., Spiritus 53,9 M., Petroleum höher loco 10,6-10,7 M. transj. bez., Regulierungspreis 10,6 M. Heutiger Landmarkt: Weizen 206-215 M., Roggen 205-210 M., Gerste 155-162 M., Hafer 150-158 M., Erbsen 175-188 M., Kartoffeln 39-48 M., Heu 3-3,5 M., Stroh 36-39 M. (Office = 3 Ztg.)

Berlin, 8. Dezember. Die Stimmung der heutigen Börse war im Allgemeinen recht fest, der geschäftliche Verkehr blieb aber demnach eingeschränkt, da eine bestimmt ausgeprägte Tendenz kaum zum Ausdruck gelangen konnte. Die heutige Börse war um so weniger veranlaßt, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben, als des heutigen katholischen Feiertags wegen die gewöhnlichen Kurs-Depeschen und ebenso die Arbitrage-Aufträge von der Wiener Börse fehlten, die sonst für den hiesigen Markt eine nicht zu unterschätzende Richtschnur abzugeben pflegen. Von den einheimischen Effekten waren Bankaktien ganz besonders durch lebhaften Verkehr und zum Teil auch durch steigende Kursbewegung ausgezeichnet. Namentlich zeigte sich für die Aktien der

Deutschen Bank große Kauflust. Wie man wissen wollte, werden in der heute Abend abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrathes der Deutschen Bank seitens der Direktion sehr günstige Mittheilungen über den Geschäftsbetrieb und über die erzielten Gewinnergebnisse während des laufenden Jahres gemacht werden. Von den lokalen Spekulationspapieren fanden die neuen Prioritäten der Dortmunder Union und die Aktien der Laurahütte regere Beachtung. Dieselben hatten mit gestrigen Schlusskursen eröffnet, versielen dann aber vorübergehend in eine mattere Stimmung, erholten sich später jedoch wieder. Inländische Eisenbahn-Aktien blieben eher vernachlässigt, dagegen haben die Aktien der österreichischen Bahnen eher einen belebteren Verkehr aufzuweisen.

In den Vordergrund traten heute wiederum Elbethalbahnaktien, die unter einigen Schwankungen auch steigende Tendenz verfolgten. Auf dem Marke für Kapitalsanlage-Werthe herrschte eine feste Stimmung und zeigte sich vielfach Kauflust. Die Umsätze blieben aber gering, da es zu gegenwärtigen Kursen an Abgebern fehlte. Per Ultimo notiren: Franzosen 485-4,50, Lombarden 166-165-166, Kreditaktien 497,50 bis 7-7,50, Darmstädter Bank 154,30-10-14, Diskonto-Kommandit-Antheile 181-80,75-81,25-181, Deutsche Bank 150,40-90-75, Dortmunder Union 85,60-85,25, Laurahütte 119,60-119,25. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe), denominations, and prices. Includes sub-sections for Prussian and foreign bonds.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as Badische Bank, Bf. Rheinl. u. Westf., Bf. Spiritus, etc., with their respective prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Markische, Berlin-Anhalt, etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Danneberg, Deutsche Bauges., etc.

Deutsche Bank große Kauflust.

Table listing various stocks and bonds, including Prussian and foreign bonds, and other financial instruments.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Markische, Berlin-Anhalt, etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Danneberg, Deutsche Bauges., etc.

Münster-Gamm.

Table listing stocks from Münster-Gamm, including Niederichl.-Märk., Rhein. St. A. abg., etc.

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.

Table listing railway preference obligations from various lines like Aach.-Mastricht, Berg.-Märkische, etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks including Berlin-Dresden, Berlin-Görlitzer, Halle-Sorau-Gub., etc.

Obereschl. v. 1874.

Table listing Obereschl. v. 1874 stocks, including Briege-Reiffe, Coj.-Oderb., etc.

Anderslandische Prioritäten.

Table listing foreign railway preference obligations from various countries and lines.